

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung und Vertretende der Medien,

der uns vom Bürgermeister vorgelegte Haushaltsentwurf hat das höchste Defizit in der Geschichte der Gemeinde Recke: - 2.798.110,00 € im Ergebnishaushalt. Ein negativer Rekord und ein Alarmsignal.

Unsere Einnahmen steigen zwar weiterhin. Unser Problem ist aber, dass unsere Ausgaben noch stärker als unsere Erträge steigen. Wir verzehren unser Eigenkapital und leben von der Substanz. Die Entwicklung unseres Schuldenstandes, insbesondere bei den Kassenkrediten, ist dramatisch.

Ja, wir wissen alle, dass die Kommunen in NRW chronisch unterfinanziert sind. Und wir wissen auch, dass die Kasse des Landes ebenfalls leer ist. Als unterste politische Ebene baden wir hier die finanzielle Überforderung unseres gesamten Staates aus. Es bleibt zu hoffen, dass hierfür gesamtpolitisch Lösungen gefunden werden.

Erfreulich ist jedoch, dass wir weiterhin rekordverdächtige Einnahmen bei der Gewerbesteuer haben. Es ist gut, dass wir in Recke tüchtige Unternehmerinnen und Unternehmer haben, die mit ihren Firmen gute Geschäfte machen und Arbeitsplätze anbieten. Aber unsere Nachbarkommunen können noch wesentlich höhere Erträge aus der Gewerbesteuer generieren, weil sie in der Vergangenheit kluge Entscheidungen zur Schaffung von Gewerbeflächen getroffen haben. Wir brauchen daher dringend in Recke neue Gewerbeflächen, um unseren Betrieben Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und auch neue Firmen in Recke anzusiedeln. So schaffen wir Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Nachfrage ist da. Der Regionalplan hat uns dazu zumindest schonmal kleinere Möglichkeiten gegeben. Die Aussagen des Bürgermeisters auf meine Nachfrage zum Stand der Gewerbeflächenentwicklung in der Ratssitzung am 22. Januar, zeigen aber: im letzten Jahr wurde nichts gemacht. Wichtige Zeit wurde verschlafen, ein Führungsproblem? Schade. Erst jetzt, aufgrund meiner Nachfrage kommt Bewegung in das Thema. Wir hoffen auf baldige Ergebnisse.

Kommen wir zum Thema Steuererhöhungen. In diesem Jahr ein besonders spannender Punkt, obwohl er im Ergebnis- und Finanzplan nicht auftaucht, auch wenn die Erläuterungen im Vorbericht des Haushalts die Notwendigkeit von Steuererhöhungen bescheinigen. Aufgrund der Aussagen des Bürgermeisters im vergangenen Wahlkampf und insbesondere wegen der Informationen, die wir als Politik im November 2025 in der sog. Informellen Runde vom Kämmerer bekommen haben, sind wir alle davon ausgegangen, dass die Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer in diesem Jahr angepasst werden sollen. Also die Verwaltung notwendige Steuererhöhungen zusammen mit dem

Haushalt vorschlägt. Wie es in der Vergangenheit auch hier in Recke üblich war, zuletzt im Jahr 2024. Und wie es auch in allen Nachbarkommunen üblich ist. Dementsprechend überrascht waren wir alle bei der Einbringung des Haushaltes am 22. Januar, als wir den Haushaltsentwurf ohne Steuerhöhungen erhalten haben. Und noch erstaunter waren wir dann, als wir am 24. Januar in der IVZ gelesen haben, dass der Bürgermeister auf Wunsch der Politik keine Steuererhöhungen eingeplant habe. Diese Aussage „der Politik“ kannten wir nicht. Unseren Unmut über diese Falschaussage gegenüber der Presse haben wir dann direkt am gleichen Tag bei unserer Haushaltsklausur mit der Verwaltungsspitze deutlich geäußert. Daraufhin gab es eine Richtigstellung gegenüber der IVZ. Im Rahmen der gemeinsamen Haushaltsklausur wurden uns dann aber doch Zahlen mit den vorgesehenen erhöhten Hebesätzen präsentiert, die im Nachgang auch per Mail bestätigt wurden. Auf unsere Frage, wie die Verwaltungsspitze sich nun das weitere Vorgehen dazu vorstellt, bekamen wir nur ausweichende Antworten. Eine Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss und auch für die heutige Ratssitzung gab es nicht. Es gab und gibt keine Strategie und keinen Plan für den Umgang mit diesem wichtigen Thema. Ein deutliches Führungsversagen des Bürgermeisters.

Klar ist, wir freuen uns nicht über Steuererhöhungen. Sie sind für uns als CDU immer die Ultima Ratio. Und wir wissen, dass wir unseren Haushalt nicht nur über Steuererhöhungen sanieren können. Denn wir dürfen die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Recker Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht überstrapazieren. Mit Erhöhungen der Grundsteuer verteuern wir das Wohnen für Eigenheimbesitzer, aber auch für Mieter. Viele junge Familien in den Neubaugebieten, aber auch viele andere Haushalte sind bereits heute an der Grenze des finanziell Tragbaren. Und auch unsere Firmen und Gewerbetreibenden dürfen nicht überfordert werden. Daher gilt für uns: Steuererhöhungen sind immer das letzte Mittel, müssen möglichst gering sein und müssen von Einsparungen und von Priorisierungen begleitet werden.

Das intransparente Vorgehen beim Thema Steuererhöhungen ist für uns ganz klar Hinterzimmerpolitik. Warum werden die dafür vorgesehenen Gremien, wie der Haupt- und Finanzausschuss, nicht genutzt? Warum gibt es viele Informationen nur auf Nachfrage und dann nichtöffentlich? Wo ist die offene Diskussion, wo können Bürger die Informationen erhalten und sich einbringen. Auch die Außendarstellung ist fatal. Ist das ihr Bild einer transparenten, bürgernahen Verwaltung, Herr Bürgermeister? Das muss besser werden.

Auf der Ausgabenseite sehen wir keinen wirklichen Sparwillen der Verwaltung, statt einzelne Haushaltsansätze zu hinterfragen, gibt nur wieder das bereits gescheiterte Instrument des Globalen Minderaufwands. Auch im Personalbereich gibt es ein „Weiter so“. Vor dem Hintergrund der finanziellen Lage, der demografischen Entwicklung und der Digitalisierung, müsste sich der Bürgermeister eigentlich um eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bemühen. Muss jede Verwaltung alles vorhalten, gerade im Bereich der internen Verwaltung? Kann man interne Verwaltungsdienstleistungen nicht in Zusammenarbeit bündeln? Hierzu gibt es leider keinerlei Vorschläge des Bürgermeisters.

Aufgrund unserer absolut angespannten Haushaltssituation müssen wir uns jede Investition mehr als gut überlegen. Der Bürgermeister hat es in seiner Haushaltseinbringung tatsächlich passend formuliert: schick und schön können wir uns nicht mehr leisten. Aber leider passen die Worte überhaupt nicht zu dem vorlegten Zahlenwerk. Im Haushaltsentwurf fehlt es völlig an einer Priorisierung künftiger Investitionen.

Unsere Pflichtaufgaben Bildung und Sicherheit müssen wir dabei an die erste Stelle setzen. Investitionen in unsere Feuerwehr, wie die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Steinbeck und die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen stehen völlig außer Frage. Und Bildung darf, wie ich in den letzten Jahren bereits mehrfach gesagt habe, kein Thema für Sonntagsreden sein, sondern muss sich in entsprechenden Investitionen widerspiegeln.

Bei der Raphaelschule in Steinbeck ist der Ausbau für den offenen Ganztags verbunden mit einer Sanierung und funktionaler Ertüchtigung in der Umsetzung. Damit werden wir für Steinbeck und Obersteinbeck langfristig gut aufgestellt sein.

Beim dringend notwendigen Neubau der Overbergschule sind wir im letzten Jahr tatsächlich vorangekommen. Und zwar deshalb, weil wir uns als CDU und SPD gemeinsam auf den Weg gemacht haben, um eine Umsetzung des Neubaus zu ermöglichen, neue Lösungen und Fördermöglichkeiten zu finden. Ich möchte mich dabei ausdrücklich bei Björn Schmitz und Markus Gerweler bedanken. Und ich bin froh, dass auch das KBR bzw. zumindest deren Großteil erkannt hat, dass der Neubau dringend notwendig ist.

Lasst uns nun als Recker Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung die einmalige Chance nutzen, die Overbergschule im innovativen und nachhaltigen Digital-Bau-Verfahren neu zu bauen. Es geht dabei nicht um Luxus, sondern um eine bedarfsgerechte Schule. Für unsere Kinder, für die Zukunft unserer Gemeinde.

Daher ist für uns als CDU-Fraktion absolut klar, der Neubau hat oberste Priorität. Und die im Rahmen des NRW-Plans bereit gestellten Mittel in Höhe von 5,6 Mio. € müssen komplett in die Finanzierung einfließen. Eine vorzeitige Verwendung für andere bereits in Umsetzung befindliche Investitionsmaßnahmen ist letztlich nur eine Wette auf die Zinsentwicklung und gefährdet die Umsetzung des Neubaus.

Wir stehen zum Ehrenamt. Den Sportstandort Steinbeck haben wir bereits mit dem Bau des Kunstrasenplatzes, den wir im Januar 2018 beantragt haben, bestätigt und gestärkt. Wir sehen den Bedarf bei den Sozialgebäuden von Grün-Weiß Steinbeck und wollen den Verein bei einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Umsetzung unterstützen. Hierzu müssen nun noch Abstimmungen erfolgen und auch grundstücksrechtliche Fragen geklärt werden. Wir schlagen

zusätzlich vor, zeitnah einen Ortstermin mit den Mitgliedern des zuständigen Bauausschusses durchzuführen.

Wir stellen die Weiterentwicklung des Ortskerns nicht grundsätzlich in Frage. Aber eine Investition von fast 1 Mio. €, die für das Jahr 2027 vorgesehen ist, halten wir auch bei einer Förderung von maximal 500.000,00 €, bei unserer dramatischen Haushaltslage momentan einfach nicht für umsetzbar. Mit diesem hohen Kostenrahmen haben wir auch bei Beginn der Überlegungen im Frühjahr 2025 nicht gerechnet. Für solche wünschenswerte Ausgaben, die nicht zu unseren Pflichtaufgaben gehören, haben wir zurzeit leider kein Geld.

Es klingt hart, aber die Fakten sprechen für sich: wir werden uns in Recke nicht mehr alles leisten können. Wir werden daher unangenehme Entscheidungen treffen müssen. Und zwar gemeinsam treffen müssen. Rat und Verwaltung. Als ehrenamtliche Ratspolitik haben wir aber mehr und mehr das Gefühl, dass wir alleine für unangenehme und negative Entscheidungen verantwortlich sind. Wir sind der Sündenbock und bekommen vom Bürgermeister buchstäblich den „schwarzen Peter“ zugeschoben.

Dieser Haushaltsentwurf ist eine Kapitulation. Er zeigt keine Perspektiven für den Weg zurück zu einem ausgeglichenen Haushalt auf. Wir sind bereits in einer bedrohlichen Schiefelage, da wir nicht nur Investitionen auf Kredit finanzieren müssen, sondern auch unsere laufenden Ausgaben und den Schuldendienst. Unsere Kasse ist leer. Kämmerer Ulrich Wallmeyer hat bereits mehrfach von der Vergeblichkeitsfalle gesprochen. Wir befinden uns bereits in dieser Spirale nach unten. Der vorlegte Entwurf gibt keine Lösungen vor, es ist ein „Weiter so“ mit der Folge der Überschuldung im Jahr 2031.

Wo sind die Lösungsansätze? Welche Perspektiven gibt es für den Haushalt? Wo sind Ideen des Bürgermeisters, um unsere Gemeinde wieder auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen? Fehlanzeige, es gibt keine Vorschläge. Es gibt keine Priorisierung. Dafür Chaos und Führungsversagen des Bürgermeisters beim Thema der Steuern. Dieses ist enttäuschend. Als CDU-Fraktion hätten wir eindeutig mehr erwartet. Wir haben somit große Sorgen um die Zukunft von Recke.

Wir werden daher in diesem Jahr als CDU-Fraktion zum ersten Mal dem Haushalt nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Aber gerade weil wir um unsere Verantwortung um Obersteinbeck, Espel, Steinbeck und Recke, um unsere ganze Gemeinde wissen, können wir diesem Zahlenwerk nicht zustimmen. Wir verbinden diese Ablehnung aber ausdrücklich mit dem Angebot an den Bürgermeister, den Kämmerer und auch an die anderen Fraktionen, gemeinsam in einem zweiten Anlauf schnellst möglich einen zustimmungsfähigen Haushaltsplan zu erarbeiten. Dieser muss Perspektiven und Prioritäten beinhalten. Wir wollen, dass Recke handlungsfähig bleibt. Wir müssen unsere Gemeinde wieder in die Lage versetzen, zu gestalten, statt nur zu reagieren.

Recke verdient Klarheit.

Recke verdient Verantwortung.

Recke hat Zukunft.

Dafür arbeiten wir.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich mich jetzt abschließend bei den Mitarbeitenden der Verwaltung und bei allen die sich in und für Recke engagieren bedanken.

Es gilt das gesprochene Wort.

Für die CDU-Fraktion Recke

Martin Attermeyer